

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Stz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von
D. Almann,
Hamburg-Gr. Neumarkt 28 I.

Erscheint jede Woche Sonnabends.
Postzeitungsliste Nr. 1787 a.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Stz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 20 A, Geschäfts-Anzeigen 30 A, doch ist bei Einbringung von Bestellungen der Betrag beizufügen.
Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.
Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 1 Mk. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal 2.— Mk.

Lohnbewegung.

Am Sonntag, den 8. Oktober, sind in Wiesbaden 138 Kollegen in den Streik eingetreten, weil die Innungsmeister die so beschriebenen Forderungen nicht bewilligen wollten.

Bis jetzt haben 29 Meister die Forderungen bewilligt.

Die Streikenden glauben, in kurzer Zeit einen vollständigen Sieg erringen zu können, wenn sie von den Kollegen Deutschlands in ihrem Kampfe unterstützt werden.

Saltet deshalb den Zuzug nach Wiesbaden fern und sorgt für rasche, reichliche Unterstützung der nun ihr gutes Recht kämpfenden Brüder. (Gesammelte Gelder sind nur an den Hauptkassierer des Verbandes zu senden).

In Prag (Böhmen) stehen die Kollegen in ernster Lohnbewegung, deshalb meidet Prag.

Der Verbandsvorstand.

Die Zuchthausvorlage und die Gewerbeinspektoren.

Bei der Frühjahrsberatung der Zuchthausvorlage im Reichstage verrieth Graf v. Posadowsky, daß auch die Gewerbeaufsichtsbeamten zur Berichterstattung über die Nothwendigkeit eines besonderen Arbeitsschutzgesetzes zugezogen würden. Da nun die Gewerbeinspektoren infolge ihres Berufes mit Arbeitern weit mehr in Berührung kommen, und auf jeden Fall sachkundiger sind, als die Polizeibehörden, die bisher als die allein kompetenten Begutachter aller gegen Streiks gerichteten Maßnahmen erachtet wurden, so war gegen diese Erklärung umsoweniger etwas einzuwenden, nachdem bereits die bayerischen, württembergischen und badischen Berichte deutliche Sympathiebekundungen zu Gunsten der mit Koalitionsentrechtung bedrohten Arbeiter gebracht hatten. Auch die hessischen Berichte schlossen sich im Großen und Ganzen den süddeutschen an, während die sächsischen Berichte, namentlich die von Dresden, Leipzig, Weissen und Plauen, den Eindruck einer Denkschrift zur Zuchthausvorlage 2. Auflage erweckten. Dabei stand die Winzigkeit des tatsächlichen Materials in umgekehrtem Verhältniß zu dem Aufwande an Entwürfen und moralischer Beurtheilung und im Einzelnen konnten den Berichten sogar (gerade wie der Denkschrift) grobe Unrichtigkeiten und Entstellungen nachgewiesen werden. Schon bei Erscheinen dieser Berichte tauchte die Vermuthung auf, daß diese Stellungnahme der Aufsichtsbeamten keine zufällige oder bloß reflektirende sei, sondern im Zusammenhange mit irgend einer Anweisung von Oben her stehe. Dies wurde bestätigt durch die Angabe des oberelsässischen Berichts, wonach den Aufsichtsbeamten befohlen sei: Erhebungen über den Mißbrauch des Koalitionsrechtes anzustellen und darüber zu berichten. Nun ist zwar in den 3 elsäß-lothringischen Einzelberichten kein einziges Beispiel mißbräuchlicher Ueberschreitungen des Koalitionsrechtes, wohl sind aber eine ganze Anzahl sehr terroristischer Handlungen des Unternehmertums erwähnt. Der lothringische Bericht konstatiert, daß das Verhalten der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen fast ausnahmslos ein feindliches sei und daß ein mächtiger Großindustrieller selbst die Gründung katholischer Arbeitervereine mit Mißtrauen verfolge, da er auch die hier gegebenen sozialen Belehrungen für verderblich hält. Nach seiner Meinung habe die Arbeiterbevölkerung solange keinen Anlaß zur Unzufriedenheit, als zu deren Unterhalt für eine ausreichende physische Ernährung und im Nothfalle für Unterstützungen gesorgt sei. Der amtliche Bericht führt aber selbst den Nachweis, daß beide Voraussetzungen leider nicht zutreffen und so entbehrt selbst diese sonderbare kapitalistische Abfütterungslogik jeder Grundlage. Auch die vor Kurzem erschienenen preussischen Inspektionsberichte sind hinsichtlich ihrer Stellung

zum Koalitionsrecht der Arbeiter von Interesse. Zunächst bestätigt der Mindener Bericht ausdrücklich die Thatsache, daß Erhebungen durch die Aufsichtsbeamten seitens der Regierung angeordnet wurden. Die Neuerungen der preussischen Gewerberäthe sind nun in 3 Gruppen zu theilen: solche, die die Tendenz der Zuchthausvorlage zu unterstützen bemüht sind, und solche, die ihr direkt entgegenwirken, soweit dies von einem preussischen Beamten in sozialen Dingen zu erwarten ist, sowie endlich solche, die nachweisen, daß auch die Unternehmer von terroristischem Verhalten nicht freizusprechen sind. Das Gesamtergebniß der Erhebungen, sofern es mit dem in den Berichten Erörterten übereinstimmt, ist gleich Null. Von tatsächlichen Ausschreitungen bei Streiks vermag nur der Potsdamer Beamte zu berichten, und zwar erwähnt er die Ausschreitungen gelegentlich des Spandauer Bauarbeiterstreiks, über welche die Tagespresse bereits berichtet habe. Nun lassen sich gerade diese Vorkommnisse am allerwenigsten zu Gunsten des Arbeitsschutzgesetzes fruktifizieren, als es sich ja bekanntlich um Ausschreitungen (Brandlegung einer Baubude) und Provokationen seitens der Arbeitsschutzwilligen handelte, was jedoch der Potsdamer Bericht klüglich verschweigt. Indes merkt der Potsdamer Gewerberath wohl selbst, daß damit nicht viel anzufangen ist, denn er empfiehlt „als einzig wirksames Heilmittel“ gegen die Streiks, „diese moderne Krankheit im gewerblichen Leben“, die Errichtung von Gewerbegerichten, öffentlichen Arbeitsschutzämtern und Volksbureaus — also Sozialreform statt der Entrechtungspolitik! Graf von Posadowsky wird also von seinen Beamten kläglich im Stiche gelassen. Nur verwechselt der Potsdamer Gewerberath die Ursache mit der Wirkung, wenn er die Streiks als die moderne Krankheit bezeichnet, während sie in Wahrheit nur der Heilprozeß ist, den der bedrohte Volkskörper gegenüber der immer unerträglicher werdenden Krankheit der kapitalistischen Ausjaugung entwickelt.

Der Kasseler Gewerberath konstatiert ausdrücklich in seinem Streikbericht, daß „Ausschreitungen, welche polizeiliche Eingriffe erforderten, nicht vorgekommen seien.“ Trotzdem schildert er nun 2 Zustände in einer Weise, die geeignet ist, die schlimmsten Vorurtheile gegen die Streiks und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erwecken. Man urtheile selbst: 1) „Im März wurden die Textilarbeiter in Weisungen durch einen auswärtigen Führer in mehreren Versammlungen dazu verleitet, in Lohnstreitigkeiten gegen ihre Arbeitgeber einzutreten. Dem Treiber gelang es, mit Hilfe einiger unzufriedener Weber von 265 Arbeitern der größten örtlichen Weberei 127 zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Von der Firma wurde gegen die 127 kontraktbrüchigen Arbeiter Klage erhoben. Vor dem Gewerbegericht hatten die Verhandlungen nach 13tägigem Streik den Erfolg, daß den Arbeitern kleine Zugeständnisse gemacht, der Klageantrag zurückgenommen und die sich meldenden Arbeiter, mit Ausnahme der Rädelsführer, zur Arbeit wieder angenommen wurden.“ 2) „Die Arbeiter einer Zigarrenfabrik beschwerten sich bei dem auswärtigen wohnenden Besitzer in den heftigsten Ausdrücken über ungerechte und schroffe Behandlung durch zwei Meister. Die Untersuchung ergab, daß nicht die Meister die Unzufriedenheit herbeigeführt hatten, sondern daß eine Anzahl Arbeiter durch auswärtige Aufwiegler zu diesem Schritt angeregt worden waren. Zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sitte entschloß sich der Fabrikant, 19 der am meisten belästigten Arbeiter zu entlassen. Obgleich die Arbeiter schnell und nicht selten durch unbetheiligte auswärtige Ruhestörer gereizt, zum Ausstände greifen, so herrscht doch die Geneigtheit vor, sich bald wieder zu einigen.“

Beide Berichte athmen deutlich die Tendenz, mangels tatsächlicher Streikauschreitungen das Streifen selbst und die Arbeiterorganisation zu dis-

reditieren. Ein Polizeibericht über Aufrührervergehen könnte nicht einseitiger abgefaßt sein. Die Beispiele sind also vollkommen würdig, der Denkschrift einverleibt zu werden. Als dritter im Bunde erscheint der Mindener Beamte als Vertreter der vielberufenen Orte Bielefeld und Deynhausen, die zu seinem Bezirk gehören. Auch er weiß nichts von Thatsachen, die sich als Streikauschreitungen qualifizieren, zu berichten; gleichwohl entrüstet er sich über den „großen Zwang“, den die organisirten Bauhandwerker ausübten, und der nach zwei Belegen lediglich darin bestand, daß sie die Entlassung eines nicht genehmen Maurerpoliers forderten und auch durchsetzen und daß sie auf einer Brauerei, angeblich auf Veranlassung des Verbandes der Maurer und Zimmerer (?) die Arbeit niederlegten, womit einige nicht einverstanden gewesen sein wollen. Dabei wird von zwei Hauptträdelsführern gesprochen und die Behauptung aufgestellt: „Die Veranstalter eines Streiks sind stets die Führer der Gewerkschaft, deren Entschlüssen die übrigen Arbeiter willenlos folgen müssen.“ Auch hier ist der Zweck dieser Ausschließung völlig klar: Stimmung machen für den Schutz der Arbeitsschutzwilligen! Wenn der Mindener Gewerberath aber mehr Fühlung mit Arbeitern hätte, so würde er im Gegentheil wissen, daß es weit schwerer ist, die unzufriedenen Massen vom Streik zurückzuhalten, als sie dazu zu verleiten. Die Gewerkschaftsführer wiegen in der Regel so lange ab, als nicht die Gesamtheit einig und alle Umstände günstig sind. Merkwürdigerweise findet der Mindener Beamte kein einziges Wort der Entrüstung bei der Erwähnung einer anderen Thatsache, wo ein Geschäftsbüchsenfabrikant durch das Verlangen, seine Sezer sollten aus dem Buchdrucker-Verband austreten, einen Abwehrstreik provozierte. War das etwa kein Zwang? Aber auch hier scheint der Satz zu gelten: „Wenn zwei dasselbe thun, u. s. w.“

Anders beantwortet der Erfurter Beamte die Frage der Nothwendigkeit der Zuchthausvorlage. Er hebt den Werth und die Macht und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation hervor mit Bezug auf einen verunglückten Färberstreik zu Mülhausen, der mangels straffer Organisation verloren ging. Trotz bedeutender Streikopfer, trotz thatsächlich schlechter Löhne schufen sich die Färber sofort nach verlorenem Zustand unter gewerkschaftlicher Leitung einen festgefühten Bund und bezahlten erhebliche Beiträge, was dort allenthalben berechtigtes Aufsehen erregt habe. Wo solcherweise der Gedanke der Organisation den Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist, da vermag ihn der schlimmste Gesetzesdruck nicht wieder herauszureißen. Weiter erwähnt derselbe Bericht einen Akt brutaler Unternehmerrückgrat, wonach die Mülhausener Bauarbeitgeber ihre sämtlichen Gesellen wegen aufgestellter Forderungen ohne Weiteres auf's Pflaster warfen. Dabei sei die Gewerkschaftsleitung, wie der Bericht hervorhebt, für die Beilegung der Differenzen in hervorragender Weise thätig gewesen. Das klingt schon ganz anders, als die Melodie der freiwilligen Denkschriftmitarbeiter.

Noch deutlicher aber bekundet der Magdeburger Bericht seine Sympathie für die Arbeiterorganisation, indem er gegenüber dem feindseligen Verhalten der meisten Unternehmer rühmend auf die entgegengesetzte Ansicht eines Fabrikanten der Steingutbranche hinweist. Dieser erklärte es als dringend erwünscht, „daß wenigstens $\frac{2}{3}$ aller Arbeiter einer allgemeinen Organisation angehören, weil dadurch die Löhne in allen Fabriken sich gleichmäßiger stellen und nur so die immer mehr zunehmende, mit Lohnrückerei verbundene Schleuderkonkurrenz bekämpft werden könne.“ Das ist eine moralische Beurtheilung der Anti-Koalitionsvorlage, die gerade die gefügigen Werkzeuge der Schleuderkonkurrenz, die Arbeitsschutzwilligen, begünstigen will.

Die übrigen Gewerberäthe enthalten sich zwar direkter Stellungnahme zu dieser heiklen Frage, aber

bei Manchem lassen andere Kundgebungen errathen, wie sich der Berichterstatter zur Arbeiterbewegung stellt. Während nun die Berichte von Westpreußen, Opreußen und Hannover in verschiedener Hinsicht gegen die letztere polemisieren, die beiden letzteren namentlich gegen die neuerrichteten Arbeitersekretariate, so finden wir in den Berichten von Bielefeld, Bielefeld, Breslau etc. Mittheilungen über den Terrorismus der Arbeitgeber, die man nicht bloß als zufällige Betrachtungen fassen kann. In den beiden erstgenannten handelt es sich um Maßregelungsfälle wegen Verstoßes von Arbeitern mit der Gewerbeinspektion; auch der letztere Bericht erwähnt solche ungerechte Anordnungen. Bezeichnender dagegen sind die Entlassungen des Breslauer Berichts über die Verhinderung der Unternehmer, die entlassene Arbeiter mit gekennzeichneten Entlassungsscheinen verfolgen. Ein Weber erhielt wegen ordnungswidriger Ausstellung eines solchen Scheins längere Zeit keine Arbeit. Die Reichenbacher Fabrikanten üben den Unfug noch systematisch, indem sie solchen Leuten, die wegen geringer Differenzen, aber mit ordnungsmäßiger Kündigung ausgeschieden, auf dem Entlassungsschein das Wort „ordnungsmäßig“ durchstreichen. Die solcherweise Gezeichneten bekamen nirgends Arbeit und wandten sich an die Inspektion, die einigen nur mit schwerer Mühe und unter stichtlichem Widerstreben der Fabrikanten neue Scheine erwirken konnten, obwohl nichts Nachtheiliges gegen die Beschwerdeführer vorlag. Mehrfach aber verweigerten die Unternehmer die Ausstellung eines anderen Scheins und die Betroffenen mußten erst das Gewerbegericht anrufen. Hier handelt es sich um eine offenbare Ungleichheit der Unternehmer; im Bericht verlautet aber nichts davon, daß gegen letztere wegen Vergehens gegen §§ 113 und 150, 2 das Strafverfahren eingeleitet worden wäre. Wir glauben auch nicht, daß dies geschehen, denn es entspricht völlig den Gepflogenheiten der Klassenherrschaft, den Unternehmern alle Rücksicht zuzuwenden, gegen Arbeiter aber mit aller Strenge (siehe Löbtau) einzuschreiten und selbst dann noch eine Verschärfung zu fordern. Einem Beweis dafür erbringt auch die Statistik der Arbeiterinnen- und Jugendschutzvergehen, die im Jahre 1898 in Preußen in 5984 Betrieben ermittelt wurden. Bestraft wurden nur 890 Personen, also etwa 14,8 pZt. Und als ob es noch des ausdrücklichen Zugeständnisses bedürfte, stellt der Arnberger Bericht folgendes fest: „In mehreren Fällen ergab sich für die Beamten die Nothwendigkeit, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß durch persönlich gute Beziehungen die Arbeitgeber keine Verechtigung erwerben, sich über gesetzliche Vorschriften hinwegzusetzen und etwa zu erwarten, die Beamten könnten dabei ein Auge zudrücken.“ Die Arbeiter wissen längst, daß die Durchführung des Arbeiterschutzes häufig an der Rücksicht der Aufsichtsbeamten und Gerichte scheitert.

Die Gewerkschaften.

Was sind die Gewerkschaften? — Verschwörungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, die man mit Stumpf und Stiel auszurotten muß! — Banden anmaßender Geshummelter und Kräftehler, gegründet und aufrecht erhalten zu dem Zweck, brave Geschäftsleute in böswilliger Absicht zu chikanieren! — Arbeitsgeheer Gefindel, das am liebsten jeden anderen Tag einen Feiertag und jeden dazwischen liegenden Tag Zahlung haben möchte! — Reinkulturen der Unzufriedenheit, Brutbeide der anmaßenden Begehrlichkeit, Tyrannen und der Unbegreiflichkeit der organisierten Dummheit, Schlechtigkeit und Gemeinheit! schreit der ganze Troß der Satten und Zufriedenen, der von dem Arbeitsertrag der arbeitenden Volksmassen lebt. Es ist unglücklich, zu welchen Dummheiten, Ungerechtigkeiten und Brutalitäten ihre gefährlichen Interessen die Leute verleiten, besonders wenn ihnen noch die Fähigkeit abgeht, soziale Erscheinungen, die über ihren eigenen Interessenhorizont hinausreichen, objektiv zu beurtheilen. Es wäre schlimm, sehr schlimm um die heutige Gesellschaft gestellt, wenn die niederen Triebe und Leidenschaften, von denen die arbeitenden Volksmassen natürlich so wenig frei sind, wie die Angehörigen der sogenannten besseren Gesellschaft, bereits einen solchen formidablen gesellschaftlichen Ausdruck gefunden hätten, wie ihn die Gewerkschaftsbewegung darstellt. In diesem Falle wäre der Ruin der Gesellschaft besiegelt, denn alle Konflikte in der Gesellschaft müßten schließlich zu einem Kampfe zwischen der organisierten Nichtswürdigkeit der Maßgebenden und der organisierten Nichtswürdigkeit der Unmaßgeblichen. Zum Glück für uns Alle sind alle jene Aufgaben über die Gewerkschaften ebenso viele Verleumdungen, an deren Zustandekommen die Dummheit sowohl Antheil hat wie die Bosheit. Die Gewerkschaften sind von Arbeitern in's Leben gerufen worden zu dem Zwecke, den Vortheil, den der heutige kapitalistische Unternehmer durch den Besitz seiner Kapital über den einzelnen mittellosen Arbeiter hat, durch eine mögliche Zusammenfassung der individuellen Kräfte der einzelnen Arbeiter soweit wie möglich auszugleichen. Der einzelne Arbeiter ist dem kapitalistischen Unternehmer ohne Gnade oder Ungnade preisgegeben, und seine wirtschaftliche Hilflosigkeit zwingt ihn, sich den Bedingungen, die der Unternehmer die Ausbeutung seiner Arbeitskraft für sich bedingungslos zu unterwerfen, wenn er nicht verhungern will. Sobald aber die Arbeiter sich in Berufsorganisationen vereinigen, werden sie zu einer sozialen Macht, zu der die Unternehmer rechnen müssen. Die Kraft, die dem Einzelnen abgeht, findet er durch die Vereinigung mit seinen Kollegen, die im Wesentlichen dieselben Interessen haben, in potenzirter Form. Ihre individuelle Schwäche hat die Arbeiter gezwungen, sich in Gewerkschaften zu vereinigen, und durch ihre Gewerkschaften sind sie stark geworden. Und sie werden in demselben Maße an Stärke und Größe gewinnen, als es

ihnen gelingt, auch diejenigen ihrer Berufs- und Klassen-genossen, die den Gewerkschaften noch fern stehen, zum Anschlusse an diese zu bewegen. Sofern aber die Gewerkschaften die Arbeiter in den Stand setzen, der Macht des Kapitals ihre konzentrierte Kraft entgegen zu setzen, die als Einheit wirkt, weil sie von einem Gedanken beherrscht wird, schütten sie die Arbeiter vor Verelendung. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion führt dahin, daß sie große Mengen menschlicher Arbeitskraft freisetzt, d. h. überflüssig macht, zur Entwertung dieser Arbeitskraft. Denn wenn der Nachfrage nach einem Arbeiter zwei oder mehr Angebote entgegenstehen, so treten die Geheer der Konkurrenz in Kraft, und der billigste Arbeiter ist den Platz. Dieser Zustand der Dinge würde zur verelendung der arbeitenden Volksmassen führen, wenn die Arbeiter nicht in ihrem Wunsche, diesem Verelendung entgegenzutreten, „des Schicksals Stimme“ gehört und sich vereinigt hätten mit der ausgesprochenen Absicht, durch vernünftiges, soziales Handeln den blindwühlenden Gesetzen der sog. freien Konkurrenz Sägel anzulegen. Dient die Vernunft dem Menschen dazu, die Naturgesetze zu erkennen und sie seinen Bedürfnissen dienstbar zu machen, so muß sie ihn auch in den Stand setzen, die sozialen und wirtschaftlichen Gesetze, die er, allerdings ohne Plan und Ziel, in's Leben gerufen hat, zu beherrschen, anstatt sich von ihnen zu Grunde richten zu lassen. Die Arbeiter haben ihre Vernunft in diesem Sinne angewandt und mit beträchtlichem Erfolge. Nicht Annäherung hat zur Gründung der Gewerkschaften geführt, sondern das Bewußtsein der Arbeiter, den Annäherungen des übermächtigen Kapitals Schranken zu ziehen. Nicht Tyrannei ist der Zweck der Gewerkschaften, sondern organisirter Widerstand der Arbeiter gegen den Despotismus des kapitalistischen Unternehmertums. Die Gewerkschaftler wollen sich nicht auf anderer Leute Kosten gütlich thun, sondern sie haben lediglich die Absicht, sich für ihre Arbeitskraft einen Preis zu sichern, der ihnen und den Ihrigen ein halbwegs erträgliches Dasein ermöglicht. Und sofern die Gewerkschaften die Tendenz haben, die Arbeiter vor Verelendung und Verzweiflung zu bewahren, leisten sie der Gesellschaft einen großen Dienst, den nur die erbärmlichste Selbstsucht, die gewissenloseste Habgier, die tiefste Menschenverachtung verkennen kann. Indem die Gewerkschaften die Arbeiter vor Verelendung bewahren, schützen sie sie zu gleicher Zeit vor sittlicher Entartung und stärken die Konsumtionsfähigkeit der Massen, von der am Ende unsere ganze Güterproduktion abhängt. („Bauer-Zeitung.“)

Klagelieder.

Wenn man jetzt die Innungspreise aufmerksam verfolgt, so wird man herausfinden, daß es unsere Innungsgrößen schon zu einer gewissen Fertigkeit darin gebracht haben, die bittersten Klagelieder über die Schlenkerkonkurrenz ertönen zu lassen, die in ihren Reihen geübt wird; ferner über die Konsumvereine, welche vermeintlich den Bäckermeistern den Verdienst schmälern, sodann über die in jeder Stadt sich herantreibenden Großbetriebe in unserem Berufe und nicht zum Mindesten ertönen die Klagen über die winzigen sozialpolitischen Gesetze, über die Sonntagsruhe und den Maximalarbeitsstag, durch welche die schlimmsten Auswüchse der Gehilfen- und Lehrlingschinderei beseitigt werden sollen. In den beweglichsten Worten schilderte man und thut es auch heute noch, wie angeblich durch diese Gesetze jede Autorität (!) des Meisters den Gehilfen und Lehrlingen gegenüber gefährdet sein sollte, wie das angeblich bisher bestandene so gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen (welches nur darin bestand, daß sich die Letzteren, ohne zu murren, in der skandalösesten Weise von den Ersteren ausbeuten ließen) in raschen Schwinden begriffen sein sollte. Und neuerdings aus Anlaß der Erfolge unsererseits bei den Streiks der letzten beiden Jahre haben sich diese Klagen über das angeblich freche, anmaßende Gebahren und die Unzufriedenheit der Gehilfen zu einer wahren Spezialität herausgebildet und füllen die Spalten der Innungspreise. In den meisten Fällen sind die Klagen der reinste Hohn auf die wirklich bestehenden Verhältnisse und man weiß wirklich nicht, ob man lachen oder weinen soll über die brutal-frechen Provokationen von dieser Seite, welche von guten Köpfen der Gehilfen spricht, während in Wirklichkeit die in den meisten deutschen Städten noch üblichen Löhne kaum mit dem Worte „Lohn“ bezeichnet werden können, sondern nur einem Taschengelde gleichkommen, welches Lehrlinge anderer Berufe von ihrem Lehrherrn erhalten. Ganz in derselben Weise sieht es mit den anderen Klagen aus und hätten die Tintenfüllis der Innungspreise nicht bereits alles Schamgefühl verloren, die Schamröthe müßte ihnen ins Gesicht treten, ob ihres elenden und gemeinen Treibens! Welch' krasser Widerspruch zeigt sich da in den Blättern, wo an der ersten Seite das Jammern über schlechte Zeit und die Noth der ehrsamsten Meister ihren Platz behaupten, während die anderen Seiten voll sind von Berichten über Versammlungen mit nachfolgenden Festlichkeiten, wo das Menschenmögliche geleistet wird im Festgelage und an der Festtafel. Ja standesgemäß versprechen unsere klagenenden Progen zu leben und selbst die anständigen bürgerliche Presse kann nicht mehr umhin, zu spötteln und zu weinen über die angeblich dem Untergange geweihten Innungsprogen. Daß man aber die Klagelieder auf jener Seite nicht nur aus Gewohnheit ertönen läßt, sondern es auch versteht, mittels derselben widerstrebende, einsichtigeren Elemente, welche dem Innungs-Klimm-Bimm abhold sind, einzuschüchtern, hat uns die Debatte wegen der Errichtung eines Streifonds im Germania-Verbande gelehrt. Da galt es, die Kleinstädter zu überbügeln und in den grellsten Farben wurde ihnen die Begehrlichkeit der Gehilfen vorgebildet und dies hat geholfen; die Opposition gegen den Streifonds ist so ziemlich verjümmert. Darüber aber, wie hoch man das sozialpolitische Verhältniß der Bäckermeister einzuschätzen hat (wenn überhaupt bei den meisten von einer solchen Eigenschaft die Rede sein kann), ist jeder urtheilsfähige Leser durch die Ereignisse belehrt worden. Hier nur eine kurze Probe davon. Der Bäckermeister Fr. Bleiholder aus Stuttgart schreibt: „Maximalarbeitsstag und Gehilfenstreik! Mit welcher Wehmuth hören die Bäckermeister diese Worte an! Sommermonate flau und wenig Arbeit; Wintermonate gut und vermehrte Arbeit! Wie vermindert sich die Zahl der Gehilfen, welche sich noch im wirklichen Sinne des Wortes zum Meister, zur Familie und zu dessen Beisehung und Erbsitz halten, an seinem Tisch essen, in dessen Behausung schlafen, Freud' und Leid mit demselben tragen, die Interessen des Meisters heilig und hoch achten und mit ihm in Frieden leben? Sind nicht auch die Interessen des Meisters, seine Existenz und Fortkommen gleich zu achten denen der Gehilfen, als Anführer und Nachfolger der Meister? Treten doch die Söhne und Gehilfen, letztere als Schwiegersöhne, in die Fußstapfen der Eltern und Schwiegereltern, als einstige Nachfolger ein. Werden nicht täglich die Beweise dafür erbracht, daß ein Gehilfe als Meister etabliert und wird mit wenigen Ausnahmen nicht jeder solide und fleißige Gehilfe ein solider,

achtbarer und willkommener Meister, ein nützliches Glied in der menschlichen Gesellschaft, bestimmt, seine ihm verliehenen Pfunde im Interesse der Allgemeinheit auszunutzen? Sagt doch das Sprichwort: „Arbeit ist des Bürgers Stütze, Segen ist der Mühe Preis!“ Einzelne Wendungen dieses Elaborats ließen uns beim Lesen den Glauben annehmen, der Redakteur dieses Blattes habe sich einen Spaß erlaubt und ein vor 50 oder 100 Jahren geschriebenes Eingeländt abgedruckt. Doch wir merkten bald, daß der Schreiber wirklich noch unter den Lebenden weilt und erst jetzt seine Weisheit zum Besten gibt. Wahrlich, der Mann muß 50 Jahre geschlafen haben, sonst könnte nicht die ganze Entwicklung an seinem Auge so spurlos vorüber gegangen sein. Nach seiner Ansicht theilen die Meister mit ihren Gehilfen Freud' und Leid; letztere zu theilen, sind die Meister allerdings schnell bei der Hand, geht das Geschäft zurück, dann kommen die Lohnabzüge und wenn es irgend möglich ist, wird auch jeder überflüssig erscheinende Mann sofort entlassen, wie das alljährlich nach den Weihnachtstagen geschieht. Aber auch die Freude mit den Gehilfen zu theilen? „J, das wäre ganz was Neues“, sagt der Meister von heute, „die Gehilfen erhalten ihren Lohn und von dem, was mir das Geschäft einbringt (soll heißen: was mir die Arbeiter verdienen), lebe ich so gut wie ich es kann und wie es mir gefällt!“ Und die Gehilfen, welche die Schwiegersöhne der Bäckermeister werden? „Au! Au! Wo haben Sie diese Entdeckung gemacht, Herr Bleiholder? Wir nehmen zu ihren Gunsten an, daß Sie nicht mehr ganz jung sind und sich Ihrer Jugendzeit erinnern! Denn daß heute die Töchter vermöglicher Bäckermeister die Gehilfen ihrer Väter nur über die Schulter ansehen, sollten Sie doch auch wissen. — Kein Wunder, daß dieser Mann schließlich folgenden Appell an die Gehilfen losläßt: „Ich appellire hiermit an alle deutschen Bäckergesellen: Stehet Mann für Mann treu zu Euren Meistern, zu Eurer eigenen Ehre, zu Eurer eigenen Vortheil. Die goldenen Berge, die Euch die Agitatoren mit ihren Zukunftspropheten versprechen, werden stets unerreicht sein, werden immer nur Unzufriedenheit erzeugen. Zeiget, daß Ihr den „Maximalarbeitsstag“ nicht braucht, dann werden für unser Gewerbe wieder friedliche und gute Zeiten eintreten!“ Nun, die Kollegen werden diesen Appell als die Worte eines Mannes, der unsere Verhältnisse nicht kennt oder nicht kennen will, bei Seite legen und das Gegentheil von seinem (für sich) fürsorglichen Rath befolgen. —

Gewerkschaftliches.

Aus Pirna. Am 4. Oktober fand hier eine Versammlung der Bäckerzwangsinnung statt, in welcher der ganze Haß und die Wuth über die hier am Orte seit kurzer Zeit begründete Einzel-Mitgliedschaft der Bäckergesellen im Verband zum Ausdruck gelangte. Es war der Herr Obermeister schier ein ordentliches Bedürfnis, sich einmal tüchtig auszutoben, nur eins fällt uns auf, wie kommt der Herr Obermeister zu einem förmlichen Protokoll über unsere erstmalige, ordentliche, öffentliche Versammlung, besand sich damals ein Judas Ischariott unter den Bäckergesellen? oder leistet hierbei etwa die Behörde der Innung Vorpanndienste? war doch der Herr Obermeister in der Lage, einen vollständigen Bericht über unsere Versammlung zu verlesen, obwohl in mehreren Punkten den Thatsachen nicht entsprechend. Und als darauf vom Gesellen Bäckermeister Fündel die uns gemachten Vorwürfe ordentlich zurückgewiesen wurden, und er den übrigen Meistern empfahl, doch erst mal eine derartige Gesellenversammlung zu besuchen, denn da könnte erst noch mancher der Herren Meister etwas lernen, da war aber natürlich die Gebuld zu Ende und mit einem an Indianergeheul erinnernden Lärm verhinderte man den Kollegen Fündel am Weiterreden. Es ist dies ein treffliches Zeichen von Bildung dieser Meister, und so lagte man auch nicht an solch hämischen Bemerkungen über den Kollegen Fündel, daß man glauben möchte, Redensarten von unverständigen Kindern, aber nur nicht selbstständigen Männern zu hören. Auf die Frage des Kollegen Fündel, betreffs Errichtung eines Gesellenausschusses, erhielt er einfach die Antwort vom Obermeister, er könne nicht immer Gesellenversammlungen abhalten, würde doch in unsern Versammlungen schon genug über alles hergefallen. Nun Kollegen, ihr könnt daraus ersehen, wie groß die Meisterfreundschaft gegen euch ist, seid darum alle auf den Posten. Man will uns vielleicht mit der Waise des Gesellenausschusses über-rumpeln, das darf nicht geschehen. Sorgt dafür, daß am Tage der öffentlichen Wahl die von uns in Vorschlag ge-brachten Kollegen gewählt werden. Besucht Mann für Mann unsere Versammlungen und werbet neue Verbandskollegen.

Weiße Hosen. Eine seltsame Versammlung fand in Göppingen statt. Es wurde die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken erörtert. Alle Arbeiterorganisationen waren vertreten, daneben Lehrer, Geistliche und Vertreter anderer Berufe. Zunächst sprach Genosse Thiele, dann Pfarrer Dietrich und der Gewerbeinspektor Hardegg. Hierauf führte der Pfarrer Blumhardt — nach einem Bericht des „Hohenstaufen“ aus: „Ich kann nicht ins Einzelne eingehen wie die Vorredner; aber das Herz ist mir schwer geworden bei dem, was ich gehört habe. Wenn ich mich in die Lage eines Arbeiters hineindenke, dann wird es mir fast schwindelig, und ich kann nur sagen, daß es die menschliche Gesellschaft noch nicht weiter gebracht hat. Auf dem Wege der Geseßgebung werden keine wesentlichen Fortschritte erzielt; wenn durch Geseße auch einzelne Erleichterungen geschaffen werden mögen, so lassen sie doch das Ganze faul. Was nun aber? Sollen wir einem Ideal nachjagen? Ich, meine Herren, jage ihm nach! Ich denke an eine völlig neue Gesellschaft. Ich habe gefunden, daß diejenigen, die einem Ideal nachjagen, in allerwege weiter kamen. Ich bin religiös erzogen worden und stand unter dem Einfluß eines streng religiösen Vaters. Aber schon frühe fand ich, daß für mich eine Religion keinen Werth hat, wenn sie nicht die Gesellschaft umändert, wenn sie mir nicht schon das Glück auf Erden verschafft. So habe ich meine Bibel, so habe ich meinen Christus verstanden. Und darum fühle ich mich verwandt mit den Leuten, denen man vorwirft, daß sie einer Utopie nachjagen, ich fühle mich ihnen verbunden, ich kann nicht anders, ich muß das aussprechen. Möge die Zeit kommen, in der es gelingt, die Gesellschaft anders zu ordnen, wo nicht mehr das Geld, sondern das Leben der Menschen die Hauptsache ist. Und nun, Ihr Arbeiterinnen! Gebt einmal Euer ganzes Herz her und nicht bloß 10 oder 20 Pf.! Denn von innen heraus muß es anders werden. Was Ihr wollt, das wird, was aber nicht gewollt wird, das wird nicht. Wer was werden muß, was mein Ideal ist, das ist ein christliches Reich, das ist eine Gottesordnung. Verzeihet mir jetzt diesen Ausdruck! Meine Freunde! Unter diesem Lichte schwindet mir alles andere dahin. Könnte ich nicht in diesem Lichte leben und nach diesem Ziele streben, ich wäre schon längst zusammengebrochen. Es muß ein Tag in unserem Herzen leuchten, dann können wir Verbesserungen schaffen, ein Tag der Liebe, der Geist der großen Menschheitsidee!“ Siehe da, ein Geistlicher, der wirklich ein Christ

ist! Wie werden nun die schwarzen Ranzelkraben über den weißen herfallen, der Ernst mit seinem Christenthum macht.

Aus Würzburg. Die Nothwendigkeit der Backstube-Kontrolle gab der Obermeister der Bäckerei, Herr Scharnberger, als Sachverständiger in der gestrigen, gegen den Bäckereimeister Gg. Bäuerlein in Grombühl wegen Zuwiderhandeln gegen die oberpolizeilichen Vorschriften gepflogenen Verhandlung unumwunden zu, denn „durch nachlässige Handhabung derselben seien manche Meister veranlaßt worden, zu glauben, gewisse Unzuträglichkeiten für vollkommen ordnungsgemäße Zustände anzusehen“. Bei Bäuerlein, in dessen Arbeitslokalen jetzt alles in vollkommener Ordnung ist, fand die am 5. Juli vorgenommene Kontrolle die Backstubenwände nicht glatt, den Mehlloorrathraum nicht hell und ventilirt genug und statt durch eine feste, nur durch eine Kattentüre abgeschlossen. Auch die Wände in der Backstube und die Backtücher ließen an Reinlichkeit zu wünschen übrig. Bäuerlein, der nicht begreifen konnte, daß so was bei ihm vorgekommen sei, wurde in 80 Mk. Strafe genommen.

Nürnberg. Unter dieser Epithete schreibt man der N. Bayer.-Landesztg. aus Nürnberg Verschiedenes über die hiesigen Geschäftsverhältnisse, wobei auch einige interessante Streiflichter auf die Zustände in den Bäckereien fallen. Es heißt darüber: „Seuer wurde in Zeitungen und Bäckerverfammlungen großes Aufsehen gemacht von den Mängeln, die in einzelnen Nürnberger Bäckereien zu Tage getreten sind. Sie waren vielleicht nicht einmal so arg, wie sie geschildert wurden; jedenfalls herrschen in den Nürnberger Bäckereien im Allgemeinen viel bessere Zustände als in Nürnberg. Da fehlt es in vielen Bäckereien vor Allem an einem passenden Ofen, einer richtigen Werkstätte oder Backstube und vor Allem an Mehlkammern und Schlafstuben für die Gesellen. Eine kleine oder mittlere Bäckerei bedarf drei Mehlkammern, in die erste gehören drei große Mehlkästen, in die andere die Mehle, Weizen oder Roggen, und hat der Bäcker Futtermehlhandel dabei, gehört ein weiterer Raum dazu. Aber wie sieht es da aus? Die Mehlkäufe stehen in den Passgängen, auf Stiegen, auf Kellertreppen, in Kellern, Waschküchen, Schuppen, Holzlagern, Holzböden und in Vorplätzen von Aborten. Man glaubt, in den Säcken könnten höchstens Sägspäne, Lannenzapfen, Asche oder Kohlen aufbewahrt sein. Man sehe nur, wie in diesen Räumen bei den Mehlkäufen gearbeitet wird, wie sich der Staub auf diese legt und beim Ausleeren und Ausstauben unter das Mehl kommt. Es wird der Boden fege, das Wasser dringt durch die Säcke, es wird Abwasser vorbeitrugen und an die Säcke gespritzt, Kinder entleeren die Nachtöpfe und verschütten den Inhalt im Vorbeigehen auf die Mehlkäufe. Auch in den Schlafräumen der Gesellen stehen Säcke, und was ist da nicht schon Alles passiert! Kommt der Gehilfe vom Wirthshaus heim und es wird ihm übel, geht's hinter die Mehlkäufe. Ermangelte Nachts der Topf, so macht er hinter den Mehlkäufen das Hofrecht geltend. Ausdrücklich konstatire ich, daß diese Schilderung nicht allgemein zutrifft, es giebt gewiss in Nürnberg auch eine Anzahl musterhaft eingerichteter und betriebener Bäckereien. Aber auch in deren Interesse liegt es, daß Vorschriften über Lage und Minimalmaß des Ofens, über Wandbekleidung der Backstube, über die Unterbringung der Arbeiter usw. erlassen und streng gehandhabt werden. Was in Würzburg gut und heilsam war, das muß auch in Nürnberg möglich sein, damit nicht die geschicktesten Bäckereien die Treibhäuser für Schwaben, Ruffen und Mehlwürmer bleiben. Fort mit der vorfindlichen und mittelalterlichen Schweinerei! Unserer jungen Mitgliedschaft in Nürnberg gebührt das Verdienst, das Publikum auf die Zustände im Bäckergewerbe aufmerksam gemacht zu haben. Die Kollegen werden auch dort nicht eher ruhen, bis sie die „Nürnberger Zustände“ mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben!

Die „Fachzeitung für Schneider“ knüpft an unsere Kritik der Antworten oder vielmehr der Nichtantworten so vieler Genossenschaftsbäckereien auf unsere an dieselben gerichteten Fragen, folgende beherzigenswerthen Worte: „Die Konsumvereinsmitglieder müssen erst zu einer höheren Auffassung des Zweckes dieser Vereine erzogen werden, damit sie begreifen, daß nicht die Dividendenjagd das höchste Ziel derselben zu bilden hat. Wenn die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in die Konsumvereine als Mitglieder eintreten und ihren Einfluß als Gewerkschaftler geltend machen, wird in dieser Beziehung sehr bald eine Aenderung eintreten. Dasselbe gilt aber auch von den Bäckern, die sich auch bisher jedenfalls wenig um die Konsumvereine gekümmert haben und infolgedessen auch keinen Einfluß auf dieselben auszuüben im Stande waren.“ Wir können uns dieser ersten Mahnung, speziell an die Mitglieder unseres Verbandes, nur anschließen. Wenn wir bisher im Fachblatt es noch nicht oft genug hervorgehoben haben sollten, daß es Pflicht unserer Mitglieder ist, sich den bestehenden Konsumvereinen als Mitglieder anzuschließen und in denselben in obengedachter Weise zu wirken, so haben wir das nur unterlassen, weil wir die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zu den bestehenden Konsumvereinen als so selbstverständlich halten, daß darauf garnicht erst besonders hinzuweisen nothwendig ist. Daß diese Genossenschaften in Bezug auf unser Gewerbe und die Befestigung der Mißstände in demselben bisher schon bahnbrechend gewirkt haben, soweit solche Vereine selbst Bäckerei errichtet haben, haben wir schon bei mancher Gelegenheit hervorgehoben, und dieser Vorzug ist so in die Augen fallend, daß es schon dieserhalb Pflicht unserer Kollegen ist, Mitglieder der Konsumvereine zu werden, überhaupt überall die Genossenschaftsbewegung zu fördern.

Verammlungs-Berichte.

Die Herren Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beschreiben.

Altona. Am 4. Okt. fand unsere Mitgliederversammlung bei Schöff statt. Beim 1. Punkt, Wahl eines 1. Vorsitzenden, wurde Kollege Pielh gewählt. In die Agitationskommission wurde Koll. Franke gewählt. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre“ betitelt sich der interessante Vortrag, worüber Koll. Almann in recht vortrefflicher Weise referirte. Redner gab Eingang ein allgemeines übersichtliches Bild von den Kämpfen und Errungenschaften der letzten Jahre, deren wir ganz besonders viele zu bezeichnen gehabt haben, und ging dann insbesondere auf den Kampf der Hamburger Gewerkschaften im Jahre 1890 über. Darauf folgte eine Reihe größerer und kleinerer Kämpfe, die weisfällige Bergarbeiterbewegung, sowie der Buchdruckerstreik, welcher größere Dimensionen anzunehmen drohte, scheiterte an der Ausbeuterwuth des Unternehmertums. Weit bessere Erfolge erzielten die Maurer und Zimmerer. Redner bespricht den Hamburger Gasenarbeiterstreik, den Rotfbuser Textilarbeiterstreik sowie den englischen Maschinenbauarbeiterstreik. Im Laufe dieses Jahres wurden in Dänemark 52 000 Arbeiter von dem Unternehmertum in brutaler Weise ausgeperrt. Diese Ausperrung sollte nur ein Versuch sein, um den sich stetig mehrenden Streiks einer Damm zu setzen. Dieser Akt der Brutalität

hatte gleich Nachahmung gefunden und wurde bei den Bauarbeitern Berlins in Anwendung gebracht. Sodann kommt Redner auf solche Kämpfe, wo die scharfe Waffe des Boykotts angewandt werden kann. Der Hamburger Altonaer Bäckereistreik sowie der Münchener und Würzburger geben gutes Zeugnis, welche Erfolge damit erzielt werden können. Redner fährt aus, daß in nächster Zeit in unserem Berufe sehr schwere Kämpfe bevorstehen, und zum nächsten Jahre haben sich nicht weniger als 9 deutsche Großstädte zum Streik angemeldet. Reichens Weisall enterte Koll. Almann für seinen interessanten Vortrag. Unter Verschiedenes machte Koll. Almann den Kollegen bekannt, wenn Differenzen zwischen den Gesellen und Meistern stattfinden und dieselben zur Klage führen sollten, hiermit noch die ersten 14 Tage zu warten, um eventl. für 14 Tage Entschädigung beanspruchen zu können. Als Kartellbelegirter wurde Koll. Gnußmann gewählt. Hierauf Schluß.

Braunschweig. Eine öffentliche Bäckerverammlung fand am 4. Oktober, Nachm. 4 1/2 Uhr in der „Englischen Krone“ statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vorlegung eines Arbeitsnachweis-Regulativs; 2. Die Forderung der Mitgliedschaft des deutschen Bäckerverbandes. Nachdem das Bureau gewählt war, wurde zum 1. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Kollege Schreiber verlas das Arbeitsnachweis-Regulativ und forderte die Versammlung auf, sich hierüber zu äußern. Es sprachen sich mehrere Kollegen dahingehend aus, daß es unbedingt nothwendig sei, dieses Regulativ, das den Arbeitsnachweis auf unparteilicher Grundlage aufbauen würde, zur Annahme gelangen zu lassen. Bei der Abstimmung wurde das Regulativ mit großer Majorität angenommen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung legte der Koll. Schreiber der Versammlung auseinander, welche hohe Bedeutung das Kost- und Logiswesen in unserm Berufe einnimmt. Nachdem Hamburg und München mit Hilfe der Arbeiterschaft das Kost- und Logiswesen bei den Meistern abgeschafft und im nächsten Jahre sich wiederum 9 Mitgliedschaften mit diesem System befaßten, so wäre es doch auch hier an der Zeit, sich einmal mit diesem mittelalterthümlichen System zu beschäftigen. Es sei standalös, daß man tagtäglich Klagen der Bäckereiarbeiter über das Kost- und Logiswesen anhören müsse. Die Herren Arbeitgeber halten es kaum für nöthig, den Kollegen das zu geben, was ihnen von Rechtswegen zusteht. Wie oft haben diese Herren die geringsten Anforderungen der Gehilfen kurzer Hand abgewiesen; nur ein einziges Vorgehen der Kollegen könne ihnen ein menschenwürdiges Dasein verschaffen. In der Diskussion erklärte der Kollege Hütterlen, daß jeder Einzelne den Ausführungen des Referenten nur zustimmen könne. Er selbst hätte hier mehrere Stellen gehabt, wo er die Erfahrung gemacht, daß ihm nach langer Nacharbeit des Morgens gegen 8 Uhr der Kaffee vorgelegt wurde. Sonnabends gab es überhaupt keinen Mittag und so ging es fort, daß man einfach die Lust zu arbeiten verlieren müßte. Koll. Martworth erklärte, er könne den Ausführungen des Kollegen Hütterlen nur zustimmen. Es wäre thatsächlich nichts Uebertriebenes daran. Gleichzeitig forderte er auf, die Brüderschaft, welche nur den Zweck habe, Vergütungen nachzugeben, einfach links liegen zu lassen. Bis jetzt hätte der Verein sich noch nicht unterstanden, einmal die traurige Lage der Kollegen zu besprechen. Die Brüderschaft wäre nur dazu da, den Kollegen das Geld aus der Tasche zu ziehen. (Nota bene: An der Spitze dieser Brüderschaft steht der innungsgetretene Altgeselle, der zum großen Bedauern nicht anwesend war.) Nachdem sich hierauf noch mehrere Kollegen für Abschaffung von Kost- und Logiswesen ausgesprochen, wurde nachfolgende Resolution der Versammlung vorgelegt: „Die heutige öffentliche Versammlung der Bäckergesellen Braunschweigs erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da gerade durch das Kost- und Logiswesen die meisten Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen entstehen, verpflichtet sich die Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dasselbe zu beseitigen, indem sie das Bureau der Versammlung beauftragt, die Forderungen zu formuliren und der nächsten öffentlichen Versammlung vorzulegen, um bei geeigneter Zeit in eine Lohnbewegung einzutreten. Sollten die Meister wider alles Erwarten die Forderungen ablehnen, so ist die Versammlung gewillt, auch das Aeußerste zu wagen, um ihre Forderungen zum Durchbruch zu bringen.“ Bei der Abstimmung über diese Resolution stimmten 103 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen und 8 Stimmen waren unglücklich. Nachdem mehrere Kollegen in den Verband aufgenommen, wurde die Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

Cöln a. Rh. Mitgliederversammlung vom 5. Oktober im „goldenen Löwen“. Tagesordnung: 1. Der Streik der Würzburger Kollegen; 2. Die Forderungen der Cölnener Kollegen; 3. Bericht vom katholischen Gesellenhaus; 4. Bericht von zwei dänischen Kollegen; 5. Diskussion. Nachdem der Vorsitzende Weder den Streik der Würzburger Kollegen erörtert und den Zweck und Nutzen des Verbandes gestreift hatte, kamen wir zu unseren Forderungen. Sie lauten folgendermaßen: 1. Abschaffung des Monatslohnes, Einführung des Wochenlohnes, und zwar für einen selbständigen Gehilfen 12 Mk., für den zweiten 9 Mk. und für den dritten 7 Mk. Minimal-Wochenlohn. 2. Abschaffung der Sonntagsarbeit. 3. Dreitägige Kündigung, und zwar muß die Kündigung vor 12 Uhr Mittags erfolgen. 4. Zuschuß-Lohn 3 Mk. pro Tag; wenn die Ausbülfszeit länger als zwei Wochen dauert, darf nicht unter 2,50 Mk. ausgeholten werden. 5. Im Schlafzimmer muß für jeden Gehilfen 1 Bett, 2 Handtücher und 1 Tisch für alle zusammen sein. 6. Alle 14 Tage reine Bettwäsche. Dann erfolgte Bericht vom katholischen Gesellenhaus, wo wir unsere Forderungen dem Bäckergesellenverein St. Antonius vorbrachten, worauf uns der Vorstand erklärte, er wolle die Forderungen dem Gesellen-Ausschuß übergeben, worauf wir verzichteten, weil der Ausschuß mit der Innung nicht allein verhandeln kann. Darauf erklärten sich die meisten Kollegen mit den Forderungen einverstanden, worauf wir das Lokal verließen. Zwei dänische Kollegen, welche zugereist waren, sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß wir in Deutschland noch sehr weit hinter Dänemark zurück seien. Es meldeten sich noch verschiedene Kollegen zum Wort, aber da die Zeit verstrichen war, erfolgte Schluß der Versammlung. Es ließ sich noch ein Kollege in den Verband aufnehmen.

Noch ein ernstes Wort an die Kollegen von Cöln und Umgegend! Wie die meisten Kollegen wissen, treten wir diesen Winter noch mit obigen Forderungen an die Meister heran, und ich erinnere die Kollegen hiermit an die nächsten Versammlungen, da wichtige Punkte zu erledigen sind. Darum auf zum Kampfe, scharrt Euch zusammen, damit auch wir endlich einmal, wie Hamburg, München und Würzburg, aus dem Sklavenjoch befreit werden. Mit toll. Gruß Jos. Krendz.

Dortmund. Unsere Mitgliederversammlung am 1. Oktober war gut besucht. Dr. Lütgenau hielt einen interessanten Vortrag über „Nationen und Massen“, und erntete dafür großen Beifall. In ergänzendem Sinne betheiligten sich die Kollegen Pattberg und Hegemann an der Debatte. Auf

Antrag Pattberg mußte der Kollege Wollmer, welcher nur Anfrieden in der Versammlung stiften wollte, aus dem Saale gewiesen werden. Sodann wurde W. Strepel als 2. Kassier, W. Hecht als 2. Schriftführer, F. Koll. als Revisor und 2 Kollegen als Zählkontrolloren gewählt. Koll. Hegemann theilte der Versammlung noch mit, daß er in der nächsten Versammlung einen Vortrag halte über: „Entwicklung des Handwerks im Mittelalter und seine Entwicklung zur Industrie“, was freudigst akzeptirt wurde. Zwei Kollegen ließen sich noch in den Verband aufnehmen. NB. Die reisenden Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß unser Lehrlokal sich Zimmerstr. 53, „Su den drei Kronen“, befindet.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung tagte am 21. September im „Arianon“. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte der Vorsitzende das geringe Interesse der hiesigen Gesellschaft an der Gewerkschaftsbewegung, welches der schwache Besuch der heutigen Versammlung wiederum zeige. Er kritisirte das Gebahren des hiesigen Vergütungsvereins, welcher absichtlich an dem Tage einer öffentlichen Versammlung irgend etwas anderes veranstaltete, um den Besuch der Versammlung zu hintertreiben. Er erwartete, daß die Kollegen im eigenen Interesse den Besuch der öffentlichen Versammlungen allen anderen Veranstaltungen vorziehen, sonst sei es zwecklos, daß die Organisation zur Einberufung von öffentlichen Versammlungen irgendwelche Ausgabe mache. Zu Punkt 1: „Unsere Gewerkschaftsbewegung auf dem Gebiete der Krankenversicherung und deren Vortheile“ referirte Kollege Schneider aus Berlin. Derselbe legte der Versammlung in klarer, sachlicher Weise auseinander, welche Vortheile eine rege Agitation auf dem Gebiete der Krankenversicherung für die Gewerkschaftsbewegung mit sich bringe, zu welchen Zwecken die Innungs-Krankenkassen errichtet werden, welcher Druck und Uebervertheilung auf die Gesellschaft und welche Benachtheiligung der Organisation und deren Einrichtungen mit diesen Innungs-Einrichtungen ausgeübt werde. Kollege Schneider forderte am Schluß seines vorzüglichen Referates die Gesellschaft auf, sich zu ermannen und zusammen zu schaaren, um als freie Männer ihre Rechte auf dem Gebiete der Krankenversicherung gegen die Zwangs-Einrichtungen unserer Gegner gehörig zu verteidigen zu können. Deshalb müsse jeder Kollege, vor allem die Organisirten, aus den Innungs-Krankenkassen austreten und der eigenen, selbstverwalteten, freien Hilfskasse anschließen. Anhaltender Beifall lohnte die begeisterten Ausführungen. Der Vorsitzende zeigte in seinen Ausführungen, welche Kämpfe unsere Zentralkrankenkasse mit der Innung beideren Krankenkasse siegreich durchgeföhrt habe, und daß trotz allen Zwangsmaßnahmen und sogar ungesetzlichen Mitteln, welche seitens der Innung angewandt wurden, die Zentralkasse immer noch auf festen Grundlagen stehe und im Vergleich zu ihren niederen Beiträgen bedeutend mehr leiste als die Innungs-Krankenkassen. Er forderte deshalb die Kollegen auf, mehr Interesse an ihren eigenen Gewerkschaftseinrichtungen zu zeigen und recht zahlreich bei jeder Gelegenheit von ihrem Austritt Gebrauch zu machen. Dann würden die Innungen mit ihren Krankenkassen, welche nur auf Kosten der Gesellschaft erhalten werden, von selbst einpacken müssen, wie es der Buchdruckerinnung u. A. bereits ergangen ist. In der Debatte schlossen sich die weiteren Redner den Ausführungen der Vorredner an, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, die größtmögliche Freiheit in der Krankenversicherung zu erlangen. Unsere Parole muß sein: „Unsere Zentralkrankenkasse.“ Sodann wurden eine Anzahl Kündigungen zur Innungs-Krankenkasse entgegengenommen. Im Gewerkschaftlichen wurde das Gebahren des Herbergs-wirthes, Herrn Wilken, welcher keine Bekanntmachungen der Organisation in seinem Lokale dulde, scharf kritisiert und dem Gesellenausschuß zur Abstellung übertragen.

Dresden. Am Donnerstag, den 5. Okt., tagte im Restaurant „Zur Viederhülle“ die erste Monatsversammlung der neuen Mitgliedschaft. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe um 3 Uhr und giebt folgende Tagesordnung bekannt: 1. In welcher Weise können wir eine erfolgreiche Agitation durchföhren? 2. Stellungnahme zur bevorstehenden Weihnachtsgesellschaft. Betreffs des ersten Punktes führte Kollege Pielshmann in eingehender Weise die Nothwendigkeit einer regen Agitation vor Augen und empfahl hierzu hauptsächlich die Wahl von Vertrauensmännern bezw. Bezirkskassirern. Nach lebhafter Debatte kam man darin überein, den Vorschlag des Kollegen Pielshmann zu akzeptiren. Hierauf nahm der Vorsitzende die Wahl der Bezirkskassirer vor. Zu Punkt 2 führte Koll. Pielshmann an, daß nur organisirte Kollegen in Konsumbäckereien beschäftigt werden dürften. Sodann wurde beschlossen, in diesem Monat noch eine öffentliche Versammlung abzuhalten, betreffs Lohnforderung zur Weihnachtsgesellschaft. Der Vorsitzende verlas ferner ein Schreiben des Hauptvorstandes an die Mitgliedschaften. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden zum Schluß, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und dem Verein neue Mitglieder zuzuföhren.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 1. Oktober. Nachdem die letzte Versammlung beschlossen habe, betreffs des Arbeitsnachweises an einzelnen Punkten festzusetzen, hatte die Kommission in ihrer letzten Sitzung nochmals zu berathen und kam mit ihrer Arbeit zu Ende. Die heutige Versammlung hatte nun zu entscheiden, ob sie mit dem Beschlusse der Kommission einverstanden sei, oder ob der Beschlusse der letzten Versammlung hochgehalten werden solle. Nach ausführlicher Debatte beantragte Saur, den letzten Beschlusse aufzuheben und den der Kommission anzunehmen, welcher auch gegen 6 Stimmen geschah. Das Gewerkschafts-Büro beabsichtigt, einen besoldeten Beamten anzustellen, um den Ueberhäufung mit Arbeit. Hierüber sollen die Gewerkschaften befragt werden, eventuell auch für die Kosten aufkommen. Von Tragefer, Hölzle und Saur wurde die Nothwendigkeit anerkannt; Höhe stimmt zu, wenn die einzelnen Mitglieder nicht mit einer Extrasteuer belastet werden. Da dies bei unserer Gewerkschaft nicht der Fall ist, sondern die Kosten sonstwie gedeckt werden, wurde der Vorschlag angenommen. Ueber die gegenwärtige Bewegung des Vll. Sauer gab Hölzle eine Uebersicht. Die Agitationskommission hat in einzelnen Städten Versammlungen ab; in der Pfalz sei Aussicht vorhanden, einige Mitgliedschaften zu errichten, was müsse die Verendung der Referenten geregelter gehandhabt werden. Die Wiesbadener Kollegen ständen vor einer ernstlichen Lohnbewegung, dennoch müsse aber vor übereiften Schritten gewarnt werden, deshalb habe im Auftrage des Hauptvorstandes die Agitationskommission eingreifen müssen. Auch die Frankfurter und Offenbacher seien willens, im nächsten Frühjahr in eine Bewegung einzutreten, deshalb müsse schon jetzt eine energische Agitation entfaltet werden. Tragefer und Saur betonten die Nothwendigkeit einer Forderung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige

Verbandsnachrichten.

Die Genossenschaftsbäcker in Frankfurt a. Main (S. m. b. S.) hat nachträglich die Forderungen des Verbandes bewilligt.

Der Wehlar-Braunfelder Konsum-Verein ersucht uns, ihm einen tüchtigen Kollegen als Oberbäcker für dessen Bäckereibetrieb zu senden. Da wir bereits mehrere Kollegen aufgefordert haben, ihre Offerte bei genanntem Verein einzureichen, dies aber nach Mitteilung von dort bisher noch nicht geschehen ist, ersuchen wir solche Mitglieder, welche einen derartigen Posten übernehmen wollen, sich an den Vorstand jenes Vereins, Adr.: Wehlar-Braunfelder Konsum-Verein in Wehlar, wenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand. J. A.: O. Ullmann, Vors.

Achtung Kollegen!

Es wird den hiesigen Kollegen, sowie den reisenden Mitgliedern des Verbandes hiermit bekannt gemacht, daß die Mitgliedschaft

Ludwigshafen

seit längerem einen eigenen

Unentgeltlichen Arbeitsnachweis

errichtet hat. Der Umstand, daß dieser keine neu gegründete Einrichtung ist, sondern in demselben Lokale schon seit beinahe einem Jahrzehnt der Innungsnachweis bestanden hat und von der überwiegenden Mehrheit der hiesigen und auswärtigen Meister stets noch benutzt wird, beweist, daß der Kollege Gewöhr, in kürzester Zeit Arbeit zu erhalten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Verbandslokale

„Gasthaus zum Ferkel“, Wismarstr. 1 und steht unter ständiger Kontrolle des Ausschusses. Vermittler ist Kollege Wittsch, der auch Aufnahmen in den Verband bewerkstelligt und Monatsbeiträge entgegennimmt. Der Ausschuss: J. A.: Seb. Luk, Vorsitzender.

Anzeigen.

Verband der Konditoren (Mitgliedschaft Hamburg) Sonntag den 22. Oktober, Nachm. 5 Uhr

Grosses Herbstkränzchen

im Hammonia-Gesellschaftszus, Höhe Bleichen 30.

Grosse Tombola!

Hierzu ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

„Café Ekrlich“

Katharinenstr. No. 14, Leipzig, Katharinenstr. No. 14, empfiehlt seine schönen, großen Lokalitäten zur freundlichen Benutzung.

Drei Billards (a Stunde 30 Pfennig).

Gute, billige Küche. Hochfeine Biere usw. 5 verschiedene Bäckereizeitungen zur gefl. Benutzung.

Gasthaus „Zu den zwei braunen Hirschen“

Nürnberg, Regensburgerstr.

empfehlen seinen Verbandskollegen Albert Kettel.

Restaurant Liederhalle.

Dresden-Alt. Liliengasse 4.

Verkehr-Lokal u. kostenl. Arbeitsnachweis der Bäcker.

Vereinslokal des Verbandes u. des Gesangvereins der Bäcker.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten

Koll. Herrm. Lange.

Gasthaus zum „Wehfritz“

Joh. Weiss.

[N 1.80

Bestes Verkehrs-Lokal der Bäcker Nürnberg's!

Ueberal!

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

Süddeutscher Postillon

übernehmen können.

Günstige Bedingungen.

Weitere Auskunft erteilt auf gefl. Anfrage

M. Ernst, Verlag, München

Senefelderstraße 4.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik geben wir alle Versammlungen bekannt, von welchen uns vor Redaktionsschluss Mitteilung gemacht wird und welche in der folgenden Woche der betr. Nummer des Fachblattes stattfinden sollen.

Berlin. Deffentl. Vers. am Dienstag, den 17. Oktober in Nieß's Festsaal, Weberstr. 17. (Vortrag des Kollegen Heßhold über unsere Lohnbewegung.)

Hamburg. Deffentl. Vers. am Donnerstag, den 19. Oktober

11/2 Uhr bei Schwaß, Neust. Neustr.

Köln a. Rh. Mitgl.-Vers. Donnerstag, den 19. Oktober

im „Goldenen Löwen“, Ehrenstraße.

Leipzig. Deffentl. Versamml. am Mittwoch, den 18. Oktober

Nachm. 4 Uhr in der „Flora“, Windmühlenstr.

Pirna. Deffentl. Vers. am Dienstag, den 17. Oktbr. Nachm.

2 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Zwinger“.

Hildesf. Mitgl.-Vers. am Dienstag, den 17. Oktober bei

D. Jante, Prinz Handwerkerstr. 83.

St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Vers. Sonntag, 22. Oktober

im Kaisersaal, Hafenstr.

Mainz. Mitgl.-Vers. am Freitag, den 20. Oktober, bei Herrn

J. Thiele, Brandt 17.

Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Gilbef, Konventstr. 5.

Mitgliederversammlung verspricht, gemeinsam mit der Agitationskommission ganz energisch zu agitieren, um eventuell im nächsten Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten, verweist aber ganz entschieden das eigenmächtige Vorgehen der Mitgliedschaft Wiesbaden und ersucht die Agitationskommission, alle Schritte zu thun, um die Bewegung in Wiesbaden zu verschleppen. In Bodenheim in der Wetterau wird die Verordnung förmlich übertreten. Obgleich glaubt, daß eine öffentliche Versammlung doch notwendig sei, es seien nur Einzelne im Verband. Ferner sei bei Böpple, Bergweg, in 14 Tagen kein Bett gemacht worden, so berichtet ein Kollege. Die künftigen Versammlungen werden früher eröffnet werden, aber die Kollegen müssen auch pünktlich erscheinen.

Hannover. In der am 21. September stattgefundenen Extra-Mitgliederversammlung, zu welcher auch ein junger Teil Kollegen aus dem Regellub „Brüderchaft“ erschienen waren, erstattete Kollege Wastke zunächst Bericht über die stattgefundenen Wahlen zum Gesellenausschuss. Im Anfang seiner Ausführungen erläuterte er die dabei erfolgte Taktik, kam im Besonderen auch auf die bei dem Wahltag gefällten Anträge, betreffend die Zulassung der nichtwahlberechtigten Kollegen etc. Weiter gibt er dann das Resultat der Wahl bekannt, wobei von 220 Wahlberechtigten 108 ihre Stimmen abgegeben haben. Es haben erhalten die Gegner Probst 66 Stimmen, Farms 54, Gerner 49; unsere Kandidaten Wastke 60, Diecking 46 und Giebler 46. Wenn man in Betracht zieht, daß auf gegnerischer Seite 5 Arbeiter und 3 Minberjährige mitgestimmt haben, verschleibt sich das Resultat zu unseren Gunsten, es ist dieshalb bei der zuständigen Behörde Protest eingelegt worden. Außerdem ist, wie ersichtlich, auch wohl das meiste auf Konto der zu großen Phlegmatizität unserer Hannoverischen Kollegen zu setzen, da noch nicht die Hälfte aller Wahlberechtigten sich an der Wahl beteiligt haben. Es wurden dann zu dem am Dienstag stattfindenden Erfahrmännerwahlen die Kollegen Dörries und Weger und zum Innungsschiedsgericht die Kollegen Giebler und Heuschhausen aufgestellt. Darauf wurde vom bisherigen Vertreter beim Gewerkschaftsamt ein Antrag auf Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu Anfang Oktober zwecks Neuwahl der Delegierten in Kartell gestellt. Gleichzeitig wurde folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Der Gesellenausschuss und wie haben die betreffenden Kollegen sich zu verhalten? 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell und Neuwahl dazu. 3. Verschiedenes. Ein Kollege warf noch eine Frage auf, zwecks Stellungnahme zur Gründung einer Lokalorganisation an Stelle der Mitgliedschaft. Grunert trat dieser Umwandlung entschieden entgegen. Wastke befürwortete dieselbe. Wegen vorgerückter Zeit wurde diese Angelegenheit vertagt. (Dem Wastke ein Hurrah!, der aus seinen Wortgefechten mit den Berliner Lokalvereinigern so viel gelernt hat, um heute selbst für das, was er noch vor zwei Jahren auf's Schärfste bekämpft hat, mit seiner Schwärmer einzutreten. Ob es noch Kollegen giebt, welche solche Personen ernst nehmen? D. Red.)

Karlsruhe. Am 28. September sprach in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Kollege Heymann-Frankfurt im „Auerhahn“. Redner besprach die Lage unseres Gewerbes und die traffen Unterschiede zwischen der Lage der Bäckermeister und der Gehilfen und kritisierte sodann die Zucht-hausvorlage, durch welche man uns das Koalitionsrecht rauben wolle. In der Diskussion forderte Kollege Wörz die Anwesenden auf, nicht nur dem Redner Bravo zu klatschen, sondern um auch tüchtig an der Stärkung und dem Ausbau der Organisation mitzuwirken. — Nach Schluß der Versammlung begaben sich mehrere Mitglieder nach dem Verein christlicher Bäcker, bekamen aber keinen Einlaß zu der daselbst stattfindenden Versammlung, es wurde aber von dem Pfarrer eine besondere Stunde anberaumt, wobei es zwischen diesem und Kollegen Heymann zu lebhafter Debatte kam.

St. Johann-Saarbrücken. In der öffentlichen, gut besuchten Versammlung vom 8. Oktober referierte Kollege Heymann-Frankfurt über Zweck und Nutzen der Organisation. Redner schilderte zunächst eingehend unsere Lage und verglich unsere Löhne und Arbeitszeit mit denen in anderen Berufen, kam dann auf die Bäckerei-Schutzgesetze und deren Durchführung, sowie auf die Wählererei der Meister gegen eiselben zu sprechen und zeigte sodann an unseren Erfolgen bei den Streiks der letzten beiden Jahre, daß auch wir im Stande sind, durch eine starke Organisation unsere Lage zu verbessern. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. In einer Resolution, worin das Vorgehen der Behörden scharf getadelt wurde, versprachen die Kollegen, sich einmütig dem Verbands anzuschließen. Die Mitgliederzahl ist bereits auf 54 gestiegen. In der Diskussion wurde noch der Streik der Wiesbadener Kollegen besprochen; ein sofort zu deren Gunsten vorgenommene Teller Sammlung ergab 18.85 Mk. Mit der Leitung der Mitgliedschaft wurden folgende Kollegen betraut: F. Peters, Vorsitzender, B. Willich, Stellvertreter; J. Baumann, Kassierer; G. Hahndorf, Schriftführer; F. Scherf und H. Adam, Revisoren. Die von gutem Geiste befeelte Versammlung war die Dichtung auf das Vorgehen der Polizei und der Innungsmeister.

Wärzburg. Am Donnerstag den 28. September fand im Gasthaus „Zum goldenen Hahn“ eine allgemeine Versammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Am Tag jedoch an der schlechten Einberufung der Versammlung, denn Kollege Leidig kam erst einen Tag vorher von einer Agitationsreise zurück. Die Versammlung wurde nach 3 Uhr eröffnet. Leidig referierte über die gegenwärtige Situation in Würzburg. Er gab unter anderem bekannt, daß die Meister die Einigungsvorschläge vom Gewerbegericht angenommen hätten, wollten aber noch einen Unterschied mit dem Frühlings machen, so daß es zwischen 15 und 30 Pfg. hängen sollte. Wegen diesem Punkt habe er noch zweimal mit dem Vorsitzenden der Innung, Herrn Scharnberger, verhandelt, welcher den Beitrag von 22 Pfg. anerkannt hat. Leidig forderte er die Kollegen auf, jetzt nicht die Hände in den Schößen zu legen, sondern eifrig für den Verband zu wirken, damit wir das erreichte auch erhalten und später noch mehr erreichen. Sodann sprach Kollege Karg aus Würzburg im gleichen Sinne des Referenten. Darauf wurde die vorstehende Gesellenausschusswahl besprochen und die Vorarbeiten beiden am Orte bestehenden Bäckergehilfenvereinen überlassen. Kollege Göb forderte die Kollegen, ihre Beiträge zu zahlen, insbesondere ihre Streikbeiträge. Nachdem noch ein anwesender Genosse und die Kollegen Karg, Dietel und Leidig gesprochen hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Am Dienstag den 3. Oktober fand im „Hotel Adler“ dahier die Gesellenausschuss-Wahl zur Zwangsinnung statt. Die Versammlung war sehr gut besucht und wurde vom Vorsitzenden der Innung, Herrn Scharnberger, um 1/4 Uhr eröffnet. Er machte bekannt, daß nur diejenigen wählen können, welche 21 Jahre alt sind und bei einem Innungs-

meister in Arbeit stehen. Hierauf wurde eine Liste aufgestellt, worin sich alle Wahlberechtigten einzuschreiben mußten. In den Wahl-Ausschuss wurden Leidig, Reith und Ranzel gewählt. Als Mitglieder zum Ausschuss wurden gewählt: Josef Konrad, Andreas Reith, Michael Seilmann, Johann Göb, August Schubert, Eduard Leidig. Erfahrmänner: Heinrich Memmel, Johann Müller, Johann Seubert, August Gad, Michael Dietel, Johann Kropf. Alsdann stellte Kollege Leidig einige Anfragen an die Vorstandschaft der Innung, welche diese auch beantwortete. Der Schriftführer der Innung verlas die Statuten, welche den Gesellenausschuss betreffen. Kollege Leidig ersuchte die Vorstandschaft, so bald als möglich eine Sitzung abzuhalten, da sehr vieles zu regeln sei. Dies wurde bejaht. Herr Scharnberger dankte hierauf den Gehilfen für ihr reiches Erscheinen, ihre Aufmerksamkeit und ruhige Haltung während der Versammlung. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung und auch einige Streikbrecher, welche aber noch unsere Kandidaten wählten. Besonders bemerkenswert ist, daß Herr Scharnberger die Gehilfen mit „Liebe Kollegen“ ansprach und Herr Wolpert mit „werthe Kollegen.“ Auch hat die Innung uns nicht von dem Stattfinden der Wahl benachrichtigt, sondern sie annonzierte nur 3 Tage vorher in den Zeitungen; wahrscheinlich wollte sie uns dadurch überraschen. Wir hielten aber gleich am Sonntag den 1. Oktober gemeinschaftliche Ausschussung von Verband und Gehilfenverein ab, in welcher wir die Kandidaten zum Vorschlag brachten, welche wir der Versammlung zur Wahl empfehlen. Unsere Stimmzettel ließen wir drucken. Die Innung verteilte in der Versammlung weiße Zettel, aber nicht ein einziger wurde abgegeben. Auf andere Kollegen, welche von uns nicht vorgeschlagen wurden, fielen im Ganzen 18 Stimmen. Mitthin haben wir abermals einen schönen Sieg zu verzeichnen, worauf der Verband stolz sein kann. Von den Gewählten sind 10 im Verband.

Wiesbaden. Am 26. September fand in der Wirtschaft zu den „Drei Röntgen“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Bäckergehilfen von Wiesbaden und Umgegend statt, hauptsächlich zu dem Zwecke, Stellung zu nehmen bezüglich eines etwaigen Ausstandes. Nach dem dabei erstatteten Situationsberichte haben die Meister sich nicht einmal herbeigelassen, das zweite Schreiben der Gehilfen auch nur zu beantworten. Eine besondere Reizung, jetzt schon in den Streik einzutreten, scheint dem Referenten bei den Gehilfen nicht zu bestehen, doch warnte derselbe vor einer allzuweiten Hinausschiebung des Ausstandes, da ein Schriftstück, welches der Innungsvorstand neuerdings wieder an die Meister gerichtet habe, und in dem er unter Androhung von 10 Mk. Strafe davor warnte, selbst in dringendsten Fällen sich des von den Gehilfen eingerichteten Arbeitsnachweises zu bedienen, die Mittel vermehren lasse, deren sich die Leute bedienen würden, um eine spätere Lohnbewegung aussichtslos zu machen. Man müsse die Gehilfenforderungen noch einmal den einzelnen Meistern vorlegen und dann seine Beschlüsse fassen. — Herr Maurer, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, tabelte die Ueberhebung der Meister, die, auf ihre vermeintliche Macht pochend, jede Verhandlung mit der Gehilfenvertretung von der Hand wiesen; mit der Bäckerinnung, meinte er, müsse man nunmehr die Verbindungen abbrechen und sich auf die Verhandlung mit den einzelnen Meistern beschränken. Man habe loyal sein und das Resultat der über die Zustände in den hiesigen Bäckereien gemachten Erhebungen zurückhalten wollen. Wenn die Herren auf dem eingennommenen Standpunkt weiter beharrten, könne es vorkommen, daß man diesen Standpunkt einmal verlasse und die Öffentlichkeit veranlasse, in ihrem eigenen Interesse ein Wort mit zu sprechen. Sei die Folge der Ruin zahlreicher hiesiger Geschäfte, so könnten die Betroffenen sich bei ihrer Innung dafür bedanken. Die öffentliche Meinung stehe entschieden auf Seiten der Gehilfen, denn nirgendwo, es sei etwa noch bei den Meistern, beständen Zustände wie diejenigen, welche Anlaß geben zu dem gegenwärtigen Vorgehen. Nicht nur, daß die Lehr- und Arbeitsverhältnisse der Bäckergehilfen denkbar ungünstigsten seien, sogar die Freiheit zu arbeiten, wo es ihnen beliebt, sei ihnen hier am Plage durch das Innungs-Sprechmeisteramt genommen. Wie Sklaven wolle man sie diesem oder jenem Meister zuheilen, ohne die Gehilfen selbst zu fragen. — Herr Maurer versicherte zum Schluß, daß die ganze Arbeiterschaft unserer Stadt den um ein menschenwürdiges Dasein kämpfenden Bäckergehilfen treu zur Seite stehen werde. — In der Debatte trat ein recht siegeszuversichtlicher Geist zu Tage, und es wurde, nachdem eine Anzahl von Rednern sich in dem Sinne geäußert hatten, eine Resolution des folgenden Wortlautes ohne jeden Widerspruch zum Beschluß erhoben: „Die heutige, in den „Drei Röntgen“ tagende, von ca. 160 Gehilfen besuchte öffentliche Bäckerversammlung sieht sich durch die Maßregelungsversuche, sowie durch das prozige Verhalten des hiesigen Innungsvorstandes veranlaßt, ihre schon bekannten, so minimalen Forderungen jedem Meister in Kürze eigens zu unterbreiten. In vielen Betrieben sind ohnedies schon die Verhältnisse für die Gehilfen so gestellt, daß sie unsere Forderungen nicht nur weit übertreffen, sondern auch in jeder Hinsicht anständig und für die hiesigen Lebensverhältnisse Genüge leisten. Die Meister, welche aber nicht einsehen wollen, daß auch ein Bäckergehilfe anständig leben will, sollen veröffentlicht werden, deren Mißstände dem Publikum klar vor Augen gelegt und eventl. durch einen Streik oder Boykott gezwungen werden, diese ganz geringfügigen Forderungen zu bewilligen. Auch beauftragt die heutige Versammlung den Vorstand und die Lohnkommission, in dieser Sache so schnell wie möglich vorzugehen, dankt dem Gewerkschaftskartell für die rege Anteilnahme an unsere Sache und bittet dasselbe, uns noch weiter zu unterstützen.“

Literarisches.

Ein originelles Andenken an die schwachvolle Zeit des Sozialistengesetzes hat Genosse Lipinski in einer Postkarte geschaffen. Das von Liebknecht während des Sozialistengesetzes in Borsdorf bei Leipzig benohnte Wauerhaus — von Liebknecht selbst im Neuen Weltkalendar in seinen Jugend-erinnerungen erwähnt — hat er auf einer Ansichtspostkarte friedlich als „Villa“ Liebknecht wiedergegeben. In sauberen Aquarellfarben herge stellt, wird die Postkarte manchem ein willkommenes Andenken sein. Zu beziehen ist sie durch Gen. Rich. Lipinski, Leipzig, Heubühnerstr. 11. Einzelpreis 10 Pfg. Fernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik von Karl Kauchky. (Verlag von J. S. W. Dieck Nachf.) VIII und 195 Seiten gr. Oktav. — Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — 1. Methode. a) Die materialistische Geschichtsauffassung. b) Die Dialektik. c) Der Berth. — 2. Das Programm. a) Die Zusammenbruchstheorie. b) Großbetrieb und Kleinbetrieb. c) Die Zunahme der Besitzenden. d) Die Aktiengesellschaften. e) Die Verwendung des Mehrwerts. f) Die Verelendungstheorie. g) Der neue Mittelstand. h) Die Krisentheorie. i) Die Formulierung des Programms. 3. Die Taktik. a) Politisch und Oekonomie. b) Selbständige oder unselbständige Politik. c) Dürfen wir siegen?